

Für die Sicherstellung unserer Ernährung.

Hilferuf Dr. Renner's an den Obersten Wirtschaftsrat.

Saint-Germain-en-Laye, 11. Juli. Staatskanzler Dr. Renner hat an den Präsidenten des Obersten Wirtschaftsrates folgendes Schreiben gerichtet:

Die beiliegenden Gesekentwürfe über die Sicherstellung der Kredite für Lebensmittel sind von der Nationalversammlung der deutschösterreichischen Republik am 8. d. angenommen worden. Sie werden sofort durchgeführt; die ausländischen Werte und Goldmünzen der Privaten werden requiriert und die Liste der requirierten Werte wird so rasch als möglich dem Obersten Wirtschaftsrat vorgelegt werden. Die für die Holzexporte eingehenden Summen werden an die Devisenzentrale abgeliefert und von dieser an die Stelle, die uns bezeichnet werden wird, abgeführt werden.

Da wir, der Aufforderung des Obersten Wirtschaftsrates folgend, ihm alle im Inland und in neutralen Staaten befindlichen ausländischen Werte zur Verfügung gestellt haben, die in den alliierten und assoziierten Staaten vorhandenen ausländischen Werte aber mit Beschlag belegt sind, sind wir gegenwärtig absolut nicht in der Lage, uns rechtzeitig von anderer Seite Kredite für den Bezug von Lebensmitteln zu verschaffen. Die uns vom Obersten Wirtschaftsrat eingeräumten Kredite gehen rasch zu Ende. Schon gegenwärtig erhalten wir nur Getreide und Mehl, während die Zuschübe von Fleisch, Fett, Reis und Kondensmilch aufgehört haben. Unsere Ernährungssituation hat sich daher wieder außerordentlich verschlechtert und ist schon jetzt kritisch. Nun wird im August auch der Kredit für Getreide und Mehl erschöpft sein. Wenn die Zuschübe infolgedessen aufhören würden, wäre ein großer Teil unserer Bevölkerung, insbesondere die Bevölkerung Wiens und der Industriebezirke, dem Verhungern preisgegeben. Die neue Ernte kann nur etwa ein Viertel unseres Bedarfes decken; sie wird überdies, da bei uns der Kleingrundbesitz vorherrscht, erst im Laufe einiger Monate reifbar. Selbst bei den größten Anstrengungen ist es nicht möglich, auch nur die geringen Rationen, von denen die Bevölkerung Wiens jetzt lebt, durch Zuschübe aus dem Inland aufzubringen. Wir brauchen ferner unbedingt Fleisch, Fett, Reis und Kondensmilch aus dem Ausland. Würden die Sendungen der alliierten Großmächte aufhören, so müßte die Hungersnot, die eine Zeitlang durch diese Sendungen gemildert wurde, mit erneuter Wucht verheerend über uns hereinbrechen, und es wäre unmöglich, die soziale Ordnung aufrechtzuerhalten.

Daß wir aus den anderen auf dem Boden der früheren Monarchie entstandenen Staaten trotz aller Bemühungen keine regelmäßigen Zuschübe erhoffen können, werden die Delegierten

der interalliierten Kommissionen bestätigen, die uns hierbei in dankenswerter Weise unterstützen.

Da wir nun alle realisierbaren Aktiven zur Verfügung des Obersten Wirtschaftsrates gestellt haben, müssen wir die dringende Bitte stellen, daß uns provisorisch weitere Kredite wenigstens für die Monate August und September gewährt werden. Bis dahin werden wir die von uns geforderten Requisitionen ausländischer Werte, die wir mit der größten Beschleunigung betreiben, durchgeführt haben, und der Oberste Wirtschaftsrat wird in der Lage sein, sich ein Urteil darüber zu bilden, welche Kredite er uns für die von uns gegebenen Pfänder einräumen oder welche dieser Pfänder er uns zu anderweitiger Verwendung freigeben kann. Bis dahin können wir uns, wie dem Obersten Wirtschaftsrat ja bekannt ist, nicht selbst helfen. Der Moment, in dem die uns gewährten Kredite erschöpft sein werden, ist bereits unheimlich nahe. Die Unterbrechung der Lebensmittellieferungen würde eine Katastrophe herbeiführen und die Wirkungen der ganzen Hilfsaktion des Obersten Wirtschaftsrates vernichten. Wir bitten deshalb den Obersten Wirtschaftsrat nochmals, sofort dafür Vorkehrungen zu treffen, daß die Lebensmittellieferungen vorläufig fortgesetzt werden können.

Der gütigen Antwort entgegensehend
Renner.

Die Pflichten unserer Vormünder.

Betrachtungen eines französischen Blattes.

Saint-Germain, 11. Juli. Die „Nation Française“ schreibt:

Frankreich ist es geblieben, den Anschluß Österreichs an Deutschland zu verhindern. Wenn sich die öffentliche Meinung bei uns nicht energisch zur Wehr gesetzt hätte, hätte die Konferenz wahrscheinlich das Deutsche Reich sich bis Wien ausdehnen lassen. Dank den Alliierten — und wird glauben dank den besonderen Bemühungen Balfours — wird es einen österreichischen Staat geben, und da man nicht hoffen konnte, daß Österreich leben könne, wenn man es von allem entblößen würde, mußte man ihm wenigstens ein wenig Geld lassen. Daher die konzilianten Antworten an Renner. Die österreichische Republik hat Vormünder, die über die Erhaltung ihrer Güter wachen. Uebrigens sind die Franzosen mit wenigstens drei Milliarden interessiert. Es war also das allgemeine Interesse, das die

Liquidierung des österreichischen Eigentums in den neuen Staaten widerrief. Es folgt daraus auch die Beteiligung der neuen Staaten an der österreichischen Schuld. Für die Vorkriegsschuld wenigstens ist keine Diskussion gestattet, aber die neuen Staaten sind wenig geneigt, darauf einzugehen.

Unsere Gegenvorschläge überreicht.

Saint-Germain, 11. Juli. Von der deutschösterreichischen Friedensdelegation wurde heute eine zusammenfassende Note überreicht, die teils auf Grund der bisherigen Noten, teils auf Grund neuer Motivenberichte genau formulierte Gegenvorschläge zu sämtlichen Klauseln des Vertragsentwurfes mit Ausnahme der wirtschaftlichen Bestimmungen macht. Die neuen Abänderungsvorschläge beziehen sich in erster Linie auf die Fragen der Staatsbürgerschaft, des Minoritätenrechtes und des Arbeiterrechtes. Bezüglich des letzteren wird auf die Beschlüsse der Berner Konferenz hingewiesen.

Neuerlicher Wiffschub in Saint-Germain.

Saint-Germain, 11. Juli. „Chicago Tribune“ meldet, daß der Künferat gestern die verschiedenen Subkommissionen aufgefördert habe, den bulgarischen Vertrag zur Ueberreichung am 25. Juli fertigzustellen.

Der österreichische Vertrag bleibe immer noch unvollständig, weil man sich über die Grenzen noch nicht geeinigt habe. Es sei möglich, daß er angesichts des toten Punktes, auf dem die Finmaner Frage angelaut sei, auch nicht früher als der bulgarische Vertrag überreicht werden wird. (Diese Meldung widerspricht jenen aller anderen Blätter.)

Das Blatt erwähnt, daß gestern während der Sitzung des Künferates ein Telegramm aus Warschau mit der Mitteilung eingelaufen sei, daß die Polen einen Ungariff gegen die polnisch-litauische Grenze begonnen hätten. Die Fortsetzung dieser Notiz ist von der französischen Zensur gestrichen, doch lautet die Titelüberschrift der Nummer: „Die Alliierten befehlen den Polen, den Kampf einzustellen.“

Lyon, 11. Juli. (Funkpruch.) Der deutschösterreichische Friedensvertrag dürfte nicht vor Mittwoch überreicht werden können.

Der bulgarische soll am 25. d. fertiggestellt sein.